

Jugendgewaltpolitik

Soll man sich beruhigt zurücklehnen, weil der hessischen CDU die Wahlkampfkampagne gegen „junge kriminelle Ausländer“ auf die Füße gefallen ist? Sind mit „law & order“-Kampagnen keine Wahlen mehr zu gewinnen, oder waren es nur die rassistischen Untertöne des Intensivtäters Koch, die die Wähler verschreckt haben?

Wenn die politischen Auseinandersetzungen der letzten Wochen etwas Gutes hatten, dann war es das wachsende Interesse an Fragen des kriminalpolitischen Umgangs mit straffälligen Jugendlichen, an Jugendstrafvollzug, Justiz, Jugendhilfe ... ihre Beantwortung konnten Koch & Konsorten nicht mehr steuern, die suggestive Kraft des reality-TV aus der Münchener U-Bahn verblasste.

Und doch können diese Auseinandersetzungen nicht unkommentiert bleiben, angefangen mit der vermeintlichen Selbstverständlichkeit, es gebe überhaupt ein besonderes – und noch dazu ethnisch dominiertes – Jugendgewalt-Problem, das es zu bekämpfen gelte. Die Kriminalität junger Menschen, von der alle wissen, dass sie nicht erfolgreich zu „bekämpfen“ (oder gar abzuschaffen) ist, verlangt einen fairen, rechtsstaatlichen Umgang, solange an dem Konzept der Kriminalisierung festgehalten wird.

Lange Verwahrung und kurze Prozesse?

Und doch hat man sich quer durch alle realpolitischen Lager auf die Bekämpfungslogik verständigt. So brüstet sich ausgerechnet die Sozialdemokratie damit, die Sicherungs-

verwahrung ins Jugendstrafrecht einzuführen, wohl wissend, dass sie einerseits so gut wie nie zur Anwendung kommen wird, dass sie aber andererseits zu einer weiteren Vergiftung des kriminalpolitischen Klimas führt und verheerende Auswirkungen auf den Strafvollzug hat.

Zugleich wird landauf landab der kurze Prozess propagiert: je schneller, je besser?! Sicher ist den Betroffenen nicht zuzumuten, über lange Zeit hinweg im Ungewissen über den Ausgang eines gegen sie geführten Strafverfahrens zu bleiben. Wer aber darauf besteht, Jugendliche vor das Strafgericht zu zerrren, um sie für die ihnen vorgeworfenen Taten (die ihnen ja erst noch nachgewiesen werden müssen: dass auch für „Jugendgewalttäter“ die Unschuldsvermutung gilt, gerät allzu leicht aus dem Blick) zur Rechenschaft zu ziehen und abzustrafen, hat rechtsstaatlich einwandfreie Verfahren und effektive Verteidigung zu gewährleisten. Die Zeit muss sein!

Lagerdenken

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte verbietet es sich, von Erziehungslagern zu reden, also fordert man „Camps“. Es fällt leicht, zur Abwehr solcher Forderungen auf die Exzesse in US-amerikanischen „boot camps“ zu verweisen – um sogleich hinzuzufügen, dass solches hier selbstverständlich ausgeschlossen wäre, man aber doch ‚offen‘ über alternative Formen des Jugendstraf-



Jugendstrafvollzugsanstalt Neustrelitz, © Ralf Maro / version

Liebe Freunde, liebe Freundinnen,
Sehr geehrte Damen und Herren,

diese erste Ausgabe der INFORMATIONEN widmen wir wieder unserer Arbeit für Gefangene. Das Thema Strafvollzug soll in diesem Jahr auch einer unserer Arbeitsschwerpunkte werden. Zu viel liegt im argen in den Knästen und im Umgang mit den Gefangenen. Es ist ein Thema, das wir nicht den Scharfmachern vom rechten Rand überlassen dürfen.

Der Jahresabschluss 2007 lässt zwar noch keine Entwarnung bezüglich der finanziellen Entwicklungen zu, aber eine kleine Wende ist zu verzeichnen. Das Minus ist geringer als erwartet, und steigende Zahlen bei den neuen Mitgliedern erfreuen uns.

Wir danken allen ganz herzlich, die im letzten Jahr durch kleine und große Spenden unsere Arbeit möglich gemacht haben. Wir freuen uns über alle neuen Förderer, die in der einen oder anderen Weise unsere Arbeit finanziell und ideell unterstützen.

Heiner Busch, Theo Christiansen
Martin Singe, Elke Steven,
Dirk Vogelskamp

Jugendgewaltpolitik

vollzuges nachdenken müsse. Über Alternativen zum Jugendstrafvollzug muss in der Tat beständig nachgedacht werden, denn es ist und bleibt ein Armutszeugnis, Jugendliche einzusperrern – stattdessen aber steht eine Ausweitung des Systems stationärer Maßnahmen zu befürchten, noch dazu verbunden mit einem Einstieg in die Privatisierung.

Jugendstrafvollzug unter der Lupe

Es hatte sich zu einem grandiosen rechtsstaatlichen Skandal gemauert, dass der Jugendstrafvollzug auch über 30 Jahre nach den Grundsatzentscheidungen zur verfassungskonformen Regelungsbedürftigkeit des Strafvollzuges keine gesetzliche Grundlage gefunden hatte. Das BVerfG musste dem Gesetzgeber erst die Pistole auf die Brust und eine Frist bis Ende 2007 setzen, um ein Jugendstrafvollzugsgesetz zu erlassen ... es fällt schwer, an einen Zufall zu glauben, dass just zu jenem Zeitpunkt die CDU-geführten Bundesländer durchgesetzt hatten, die Vollzugsgesetzgebung zu föderalisieren.

Seit dem 1.1.2008 gelten also in allen Bundesländern Landesgesetze zum Jugendstrafvollzug – ist nun alles gut? Davon kann keine Rede sein, denn außer der formalen Vergesetzlichung ist kaum mehr als die Festschreibung des status quo zu verzeichnen. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Gesetzen halten sich zwar in Grenzen, es handelt sich aber eher um eine informelle Einigung auf niedrigem Niveau. Den verfassungsrechtlichen Vorgaben ist man dabei ebenso wenig gerecht geworden wie den internationalen Standards. Wann und wo ein moderner, den grundrechtlichen Anforderungen genügender Jugendstrafvollzug realisiert wird, steht in den Sternen. Eher werden sich restriktive Tendenzen fortsetzen: Überbelegung, Rückgang von Vollzugslockerungen und offenem Vollzug, Endstrafenorientierung, zunehmende Reglementierung und Überwachung, erzieherische Disziplinierung ...

Immerhin wird es mithilfe der Gesetze (und eines endlich adäquater ausgestalteten Rechtsschutzes)



©TrStzdem, Gefangenenzeitung der JVA Oldenburg, Dez. 2007

unter Verweis auf verfassungsrechtliche und internationale Standards leichter fallen, dem Vollzug auf die Finger zu sehen. Das darf jedoch nicht den Betroffenen und den in diesem Feld ohnehin zu selten engagierten Anwälten überlassen bleiben: die demokratische Öffentlichkeit bleibt zur Wachsamkeit aufgerufen.

Runde Tische mit Ecken und Kanten

Die Vorstellung, zur Lösung sozialer Probleme müsse man nur alle Akteure (die Betroffenen in der Regel ausgenommen) an einen Tisch holen und mit allen Informationen versorgen, greift um sich, und in der Tat ist man bisweilen fassungslos, wer alles was nicht gewusst haben will. Geht es jedoch um individuelle „Interventionen“, die in der Regel mit erheblichen Grundrechtseingriffen verbunden sind, geraten Kompetenzgrenzen und Datenschutz in Gefahr.

Es muss hier nicht geklärt werden, wer eigentlich den Anstoß gegeben hat: Lehrer, die sich mit der Problembewältigung überfordert bzw. alleingelassen fühlen? Eltern, die um die berufliche Zukunft ihrer Kinder fürchten? Jedenfalls greifen in den Ländern sog. Kooperationsvereinbarungen um sich, die die Schulen u.a. dazu verpflichten, Straftaten zur Anzeige zu bringen: Lehrer drohen zu Hilfssheriffs zu werden. Unter gezielter Verschleierung selbstverschuldeter Defizite in der Jugendpolitik (Bildung, Freizeit, Ausbildung ...) findet eine zunehmende Kriminalisierung und Verpolizeilichung statt.

Helmut Pollähne

Helmut Pollähne ist Kriminologe und Mitglied im Komitee-Vorstand.



Broschüre der Rote Hilfe e.V. mit Artikeln, Interviews, Presseerklärungen und Berichten zur Repression rund um den G8 2007 in Heiligendamm

Hrsg. Rote Hilfe e.V. A4, 76 Seiten 3,- Euro

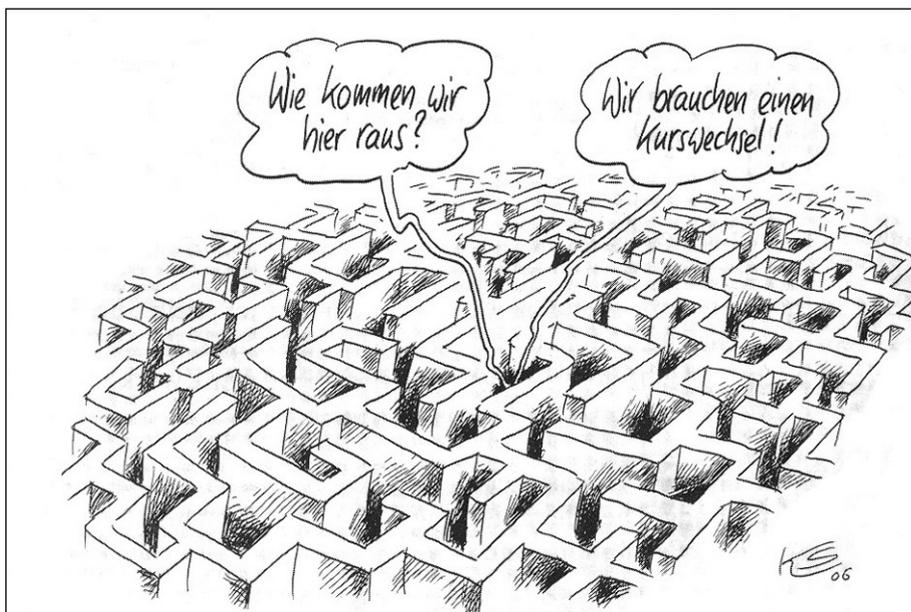
zu beziehen über: Rote Hilfe e.V. Literaturvertrieb Postfach 6444 24125 Kiel T & F: 0431 / 751 41 literaturvertrieb@rote-hilfe.de



Gewaltbereite Politik und der G8-Gipfel

Demonstrationsbeobachtungen vom 7. - 8. Juni 2007 rund um Heiligendamm

Komitee für Grundrechte und Demokratie



© blickpunkt, Gefangenenzeitung JVA Fuhlshütten

Mehrere Broschüren zu G8 und Heiligendamm sind inzwischen erschienen (neben der von der Roten Hilfe (s.o.) auch eine vom Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein / Legal Team: Feindbild Demonstrant).

Bei uns können Sie die Broschüre des Komitees bestellen - Zur Auslage in Buchläden und auf Büchertischen stellen wir gerne Kommissions-Exemplare zur Verfügung.

Gewaltbereite Politik und der G8-Gipfel; 164 Seiten, 10,- Euro

ISBN 978-3-88906-125-6

Komitee-Jahrestagung 2008: Thema Strafvollzug

Die konkreten Haftbedingungen in den bundesdeutschen Gefängnissen werden im Mittelpunkt unserer diesjährigen Jahrestagung stehen. Ausgehend von einem Überblick über die hauptsächlichen Probleme in der gegenwärtigen Strafvollzugspraxis werden Expertinnen und Experten in drei Schritten zu den strukturellen, den konkreten und den für besondere Gruppen spezifischen Haftbedingungen aus menschenrechtlicher Sicht Stellung nehmen.

Dabei wird es u.a. um Themenbereiche wie Föderalismusreform, Privatisierung, Exklusion, Renitenz von

Vollzugsbehörden, Abbau des Offenen Vollzugs, Vollzugsbedingungen bei U-Haft, in Sicherungsverwahrung und bei lebenslanger Freiheitsstrafe gehen.

Arbeitsgruppen werden die teilweise in Hearing-Form vermittelten Informationen auf mögliche praktische und politische Konsequenzen hin analysieren. Die Tagungsergebnisse sollen in einer Dokumentation anschließend einem größeren Publikum zugänglich gemacht werden.

Für die Tagung (voraussichtlich 19.-21. Sept. 2008 im Raum Hannover) bitten wir zwecks Planung schon um Voranmeldung/Interessebekundung (formlos ans Komitee-Sekretariat).

Martin Singe

Post in den Knast: Die „Aktion Bücher für Gefangene“

Neben der individuellen Betreuung von Inhaftierten in Angelegenheiten des Strafvollzugs bietet das Komitee seit vielen Jahren mittellosen Gefangenen an, sich einmal im Jahr ein Buch ihrer Wahl bis zu einem Preis von 22,- Euro von uns zusenden zu lassen, das wir ihnen zuvor über den offiziellen Buchhandel beschaffen. Dass ihr persönlicher Buchwunsch zählt und aufgenommen wird, ist für sie wichtig und alles andere als alltäglich.

Die Nachfrage der Gefangenen an der „Aktion Bücher für Gefangene“ ist so groß, dass wir längst nicht allen Bücherwünschen nachkommen können. Immerhin schaffen wir es, Jahr für Jahr rund 350 bis 400 Bücher im Wert von ungefähr 8.000,- Euro in die Gefängnisse zu verschicken.

Für manchen Häftling ist die „Aktion Bücher für Gefangene“ einer der wenigen verbliebenen Kontakte nach „draußen“. Oftmals wird über den individuellen Buchwunsch hinaus Unterstützung bei Problemen gesucht, die der regelungsichte, oftmals willkürlich erlebte Haftalltag mit sich führt. Der staatlich verordnete Freiheitsentzug wird für die Gefangenen durch die „Aktion Bücher für Gefangene“ gewiss nicht erträglicher, lediglich deren soziale Isolation wird ein klein wenig durchlässiger. Das wissen die Gefangenen zu schätzen. Wir möchten allen im Voraus danken, die „die Aktion Bücher für Gefangene“ gesondert unterstützen.

Dirk Vogelskamp

Zur Gefangenenbetreuung des Komitees

Sonja Vack bearbeitet als Gefangenenbeauftragte des Komitees seit 1995 Anliegen und Bitten von Gefangenen, die sich an das Komitee wenden. Im Bericht für die letzte Mitgliederversammlung schreibt sie u.a.:

Meine Tätigkeit besteht nach wie vor im Wesentlichen in der Bearbeitung einer Vielzahl höchst individueller Anliegen einzelner Gefangener, die uns anschreiben. Sie erfahren von uns oft durch unsere Publikationen oder Verlautbarungen zum Thema Menschenrechte und Strafvollzug und schreiben uns dann mit ihren Nöten und der Bitte um Hilfe an.

Die Situation im Strafvollzug wird nicht leichter. Die Briefe, die wir erhalten, spiegeln dies wider. Beispiele dafür, wie in vielen Kleinigkeiten die Einschränkungen, denen Gefangene ausgesetzt sind, immer größer werden, gibt es zuhauf. Fast alles muss erst auf dem Rechtsweg erkämpft werden. Und wird dann doch abgelehnt. Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass wir eine der wenigen Gruppen sind, die überhaupt noch zu dem Thema Strafvollzug und Gefangene ansprechbar sind, gestaltet sich die Gefangenenbetreuungsarbeit zunehmend schwieriger.

Wir bekommen inzwischen mindestens 15 Briefe pro Woche,

In der Liste der Mitglieder des Arbeitsausschusses des Komitees hatten wir in der letzten Ausgabe ein Mitglied vergessen:

Volker Nimrich, Freiburg

Entschuldigung!

meistens handschriftlich und zwischen 1 und 50 Seiten dick. Schon die bloße Lektüre sprengt im Grunde oft unseren zeitlichen Rahmen. Entsprechend war meine Tätigkeit im Jahr 2007 geprägt von kleinen unspektakulären Briefwechseln, in denen ich Gefangenen gewünschte Informationen zukommen ließ, manchmal an eine andere Kontaktadresse verweisen konnte, wie das Strafvollzugsarchiv bei rechtlichen Fragen, die eine oder andere Anfrage zugunsten von Gefangenen bei einer Anstaltsleitung auf den Weg brachte ...

Nach wie vor hat es seine Berechtigung, dass Gefangene uns als eine Anlaufadresse sehen, wo man mal seinen ganzen Frust loswerden kann und eine – wie auch immer geartete – Antwort bekommt, die signalisiert, dass es außerhalb der Gefängnismauern noch Menschen gibt, die einen Gefangenen hören.

Inhaltliche Schwerpunkte der letzten beiden Jahre waren die Themen Überbelegung von Hafträumen, die zunehmende Weigerung von Justizvollzugsanstalten, gerichtliche Entscheidungen der Strafvollstreckungskammern umzusetzen, und die Unterstützung von Gefangenen bei Verlegungsanträgen in Heimnähe.

Sonja Vack

Engagiert für Ausgegrenzte: Hubertus Janssen wurde 70

Hubertus Janssen, jahrelang im Vorstand und bis heute in der AG Strafvollzug des Komitees engagiert, feierte im Dezember 2007 seinen 70. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

Wir dokumentieren aus diesem Anlass einen kleinen Ausschnitt aus einem Artikel im Nassauer Tageblatt vom 5. Januar 2008:

Limburg-Weilburg. Der ehemalige Gefängnisseelsorger und Pfarrer, Hubertus Janssen, hat sich gegen ein schärferes Jugendstrafrecht ausgesprochen ... „Die Knäste sind überfüllt, pädagogisches Personal fehlt, Alternativen im Jugendstrafrecht werden allesamt nicht ausgeschöpft“, sagte der Geistliche aus Eschhofen. Der 70-jährige Janssen kennt den Justizvollzug aus eigener Anschauung. Von März 1973 bis 1990 war der im niederländischen Niederweert geborene Theologe in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Diez Seelsorger. Als Vorstandsmitglied des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“ wirkte er weiter in der Gefangenen-Seelsorge und setzte sich für Randgruppen ein. ... „Bei den Bürgern werden Gefühle von Angst und Bedrohung erst generalisierend geschürt und dann ausgenutzt“, sagt Janssen zu der Koch-Initiative. „Härtere Strafen, frühere Strafen, schnellere Abschiebungen: Bestimmte Gruppen werden zum Problem, zum Risiko, zur Gefahr für die Gesellschaft stilisiert, um diese dann gesondert zu behandeln und gesellschaftlich auszuschließen“, analysiert Janssen. ... Das Problem liege darin, dass die Möglichkeiten von Hilfe und Unterstützung systematisch vernachlässigt würden, weil angeblich Geld fehle. Die Rückfallquoten von jugendlichen Straftätern bei alternativen Sanktionen oder Hilfemaßnahmen seien deutlich geringer als bei Haftstrafen.

Aktion Bücher für Gefangene

Die Aktion „Bücher für Gefangene“ wird im Jahr 2008 mit einem Zuschuss von 500,- Euro der Werner-Holfort-Stiftung unterstützt!

Besten Dank!

Spendenkonto
Komitee für Grundrechte und Demokratie
Volksbank Odenwald
Konto: 8 024 618
BLZ 508 635 13